

Positionspapier zu Elektromobilität

Pressegespräch 16. November 2017

Im Rahmen ihrer Herbstklausur am 15. – 16. November 2017 in Köngernheim hat die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz folgendes Positionspapier beschlossen:

Klimaschutz und Mobilität in Rheinland-Pfalz – zwei Seiten derselben Medaille

Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, wird die Transformation der Mobilität eine entscheidende Rolle spielen. Dies wird in diesen Tagen erneut auf der Weltklimakonferenz in Bonn deutlich. Die Mobilität der Zukunft muss emissionsfrei und vernetzt sein. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz ganz vorne mit dabei ist, wenn es darum geht, das Klima, die Umwelt und Ressourcen zu schützen.

Weg frei für die Verkehrswende – Konkrete Handlungsschritte verfolgen

Für den Schutz der Menschen, der Umwelt und des Klimas führt an emissionsfreier Fahrzeugtechnik auf Basis erneuerbarer Energien kein Weg vorbei. Unter der Zielrichtung einer Verkehrswende wollen wir die vernetzte Mobilität fördern, welche die Raum- und Siedlungsstruktur berücksichtigt. Dazu gehört, dass wir den Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität voranbringen, das Bahnnetz verbessern, den ÖPNV und den Lieferverkehr emissionsfrei machen, Car- und Bikesharing, inklusive E-Lastenräder, stärken und darüber hinaus für sichere und bedarfsgerecht ausgebaute Strecken für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer sorgen wollen. Ebenso brauchen Fußgängerinnen und Fußgänger sichere Wege.

Wir wollen alltagstaugliche Lösungen entwickeln, um Verkehr zu vermeiden, zu verlagern oder verträglich zu gestalten, ohne, dass Menschen weniger mobil sein sollen. Das Zusammenspiel aller dieser Maßnahmen ist der einzige Weg, um gerichtlich angeordnete Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in vielen Städten zu verhindern.

Umstieg auf Elektroantriebe: Rheinland-Pfalz steht vor großen Herausforderungen

Alle großen Autobauer stellen ihre Fahrzeugpalette sukzessive auf Elektromotoren um. Dieser Schritt ist allerdings auch überfällig. Unsere GRÜNE Forderung, dass ab 2030 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden sollten, scheint allein mit den Spielregeln der freien Marktwirtschaft inzwischen realistisch - selbst ohne gesetzlichen Druck.

Um die nötigen Infrastrukturvoraussetzungen möglichst zügig zu schaffen, ist ein konzertiertes Handeln auf allen Ebenen nötig. Zur gezielten Förderung der E-Mobilität sind für uns vor diesem Hintergrund eine Reihe von Maßnahmen erforderlich.

I. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass:

- der Umbau der Busflotten in den Verkehrsverbänden und Verkehrsgesellschaften auf E-Mobilität und Wasserstoffantriebe forciert wird und weitere – über die von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Mittel – vom Bund stetig gefördert wird;
- eine Präferenz bei der Umrüstung und Neubeschaffung von Bussen für emissionsfreie Antriebe gegenüber der neuesten Diesel-Generation
- die Beschaffung von E-Lastenrädern für den gewerblichen, gemeinnützigen oder gemeinschaftlichen Einsatz gefördert werden;
- mit Hilfe von E-Gutscheinen vollelektrische PKW für Taxiunternehmen, Fahrschulen, Pflege- und Sozialdienste, Mietwagenunternehmen oder Car-Sharing-Unternehmen gefördert werden;
- der Ausbau der Ladeinfrastruktur zügig vorangeht, sodass ein Grundnetz an öffentlich zugängliche Ladesäulen im Umkreis von maximal zehn Kilometern) geschaffen wird;
- die bestehenden Beratungsangebote der Energieagentur umfassend zur Unterstützung von Unternehmen genutzt werden, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hauseigene Lademöglichkeiten zur Verfügung stellen wollen;
- auf der Schiene im Nahverkehr vollständige Emissionsfreiheit erreicht wird, indem mit technologieoffenen Ausschreibungen von Zugkilometern auf nicht elektrifizierten Strecken mittelfristig fossile Verbrennungsmotoren ausgeschlossen werden. Ob dabei Batterie oder Wasserstoff als Energiequelle zu Tragen kommt, müssen die Anbieter selbst entscheiden;
- die Dienstwagenflotte des Landes bis 2025 auf E-Mobilität umgestellt wird und die Umstellung von Sonderfahrzeugen, beispielsweise von der Polizei oder des Forstes, den technischen Möglichkeiten entsprechend vorgenommen wird;
- ein Verzeichnis entwickelt wird, das Nutzern von E-Fahrzeugen schnell und einfach eine Übersicht gibt, wo und wann sie Lademöglichkeiten zur Verfügung haben;
- gesetzliche Rahmenbedingungen angepasst werden, um es den Landesangestellten und –beamten zu ermöglichen, über nicht-öffentliche Ladepunkte in landeseigenen Einrichtungen auf eigene Kosten Strom zu tanken.

II. Die Kommunen wollen wir unterstützen, indem:

- in Wohngebieten die Möglichkeit geschaffen wird, modellhaft die Stromabgabe über in Straßenlaternen installierten Steckdosen zu prüfen, um Anwohnerinnen und Anwohnern ohne hauseigene Lademöglichkeit eine Versorgung zu bieten;
- Investitionen in Ladevorrichtungen für E-Bikes, Pedelecs oder E-Roller an ÖPNV-Haltepunkten gefördert werden;

- Der Umbau der kommunalen Fahrzeuge und Flotten gefördert werden.

III. Auf Bundesebene notwendige Unterstützungen sind:

- eine Roadmap, in der neben der Verkehrswende, auch die Energiewende zügig vorangetrieben wird;
- die Bundesförderung für den Ausbau von Radschnellwegen deutlich zu erhöhen und die Förderkriterien dahingehend zu überarbeiten, damit auch Pendler Routen außerhalb der Ballungsräume gefördert werden können;
- Gleistrassen auszubauen und zu elektrifizieren; das Angebot zur Personenbeförderung zu steigern und den Schienengüterverkehr wettbewerbsfähiger zu machen;
- klare Regelungen zu schaffen, unter welchen Voraussetzungen Mieterinnen und Mieter sowie Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer einen Anspruch auf Lademöglichkeiten haben;
- zu prüfen, inwieweit die Landesbauordnung hinsichtlich der verpflichtenden Bereitstellung von E-Lademöglichkeiten bei der Wohnbebauung angepasst werden muss.

Städte wie Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, aber auch die Region Aachen machen es vor: mit E-Mobilität werden Schadstoffe und Lärm reduziert, Image, Attraktivität und Lebensqualität gewonnen. Ein effizienter ÖPNV, Sharing-Angebote und ein gutes Radwegenetz unterstützen das intermodale Potential sowohl von urbaner wie auch ländlicher Elektromobilität. Wir wollen den Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung in Rheinland-Pfalz vorantreiben und die Mobilität der Zukunft auch für den ländlichen Raum gestalten. Dies kann uns in einer konzertierten Aktion am besten gelingen, wenn alle betroffenen Akteure von Bund, über Land, den Kommunen, Stadtwerken und Verkehrsunternehmen an den Konzepten mitwirken.